

Die Nazis, wie z. B. das der Stimmabstimmung zum Ausdruck brachten, der Spekulation auf die Wahlmündigkeit der kommunistischen Arbeiterschaft, die sie ja schon am vorherigen Sonntag bei den Reichstagswahlen als ein Lied in der Rechnung der sozialdemokratischen Reaktion und ihrer Vorpanzer erwiesen hatte, waren gerade mit jener ausdrücklichen Eigensinn und Verleumdungsattacken gegen die KPD verfeindet. Nunmehr gegen den weiteren Vorrang des Kommunismus zu errichten. Hierbei bestieg sie die sozialdemokratische Partei sogar so weit, in einer Front mit der Regierung die „Ausrottung des kommunistischen Volks“ zu verlangen, wie es die Verteilung der kommunalpolitischen Sitz zu verlangen, kurz vor den Kommunalwahlen ist.

Durch das Ergebnis abgerissene Mollenbekennnis für die kommunistische Partei bei den Kommunalwahlen in Sachsen und alle Bündnisse aus Schutz und Tadel überprüft und geprägt worden.

Ja, auch die Steigerung des Kapitalvermögens zum Zweck der Ablösung der eigenen Erfolglosigkeit vom Niedergang und Verlust der Kapitalpartei und zum weiteren Zweck der Einödung der Massen des Weltländlichen Vermögens nicht den weiteren Vorrang des Kommunistischen Parteis zu bestreiten, gegen und anhaltenden Niedergang der NSDAP zu bannen. So ist das in der vorherigen Woche bekanntgewordene mörderische Treiben der Nazis in den Straßen von Chemnitz ein solcher Verlust gewesen. Aber mit allem konnte die weitere Betreibung der sozialdemokratischen Massenversammlung nicht aufgehalten werden.

Denn wenn jetzt die Nazis den Ausgang der Gemeindewahlen benutzen wollten, um mit dem etwaigen Hinweis auf ihren Stand von 1929 in Siegesgeiste vom „erfolgreichen Sturm auf die Ratshäuser“ zu schwärmen, so wäre das nur eine Art der Selbstbesiegung, ein Floskelpolitus, mit dem sie die tatsächliche weitere Rückwärtsentwicklung vor ihrer eigenen Gesichtswand auch nicht verleugnen könnten. Ihr Stand am 6. November in Erziehung getriebener gewaltiger Rückgang ist bei den geplanten Kommunalwahlen in ganz großer Nähe noch weiter vorstellig werden.

Was sich in der großen Zahl der Eingangsgebiete von diesen Gemeindewahlen immer wieder zu erkennen gibt, ist die Tatjade, daß wir Kommunisten die einzigen sind, die vorwärts schreiten.

Am Morgen zeigt sich das auch bei den Kommunalwahlen dort, wo wir kämpfen geführt haben, sei es in Form von Erwerbslosenaktionen, sei es in Form der Kämpfen der Arbeitnehmer aber auch in Form von Wahlkreis gegen Wahlkreis und in Form von Wiederbewegungen. Ueberall dort, wo mit unserer Arbeit in den Kommunen mit einer terroristischen außerparlamentarischen Kampfführung zu verbünden verstanden haben, sind unsere Erfolge bei den geplanten Kommunalwahlen bestanden.

Zum einzelnen werden die Wahlresultate gerade unter diesem Gesichtspunkt noch besonders zu würdigen und zu bezeichnen sein. Zusammenfassend läßt sich nichtbestimmterlich schon jetzt unter Normalität in den ländlichen Kommunen auf das Ronto einer außerordentlich starken außerparlamentarischen Mobilisierung der Arbeiterschaften vertrauen. Dabei standen die ländlichen Kommunalwahlen in dem für die verhältnismäßig weitere Aufklärung bestreitenden Zeichen des „Burgfriedens“. So wurden allein im Dresden zahlreiche Wahlkampfversammlungen aufgelöst und andere revolutionäre Mobilisierungen bestellt. Dennoch und trotzdem hat unser Kampf für rote Kommunen ein so gewaltiges Massenwerk gefunden.

Jetzt gilt es, da von den Massen durch die Wahl unserer Partei befundene Kampfbereitschaft gegen den elenden Hungerkrieg, gegen die sozialistische Diktatur und ihre Stützen weiter zu entzünden. Die an anderer Stelle von uns beprochenen Pläne der weiteren Aufklärung, der weiteren Rechtsosmischung der Massen und ihrer unerhörten Unterordnung sind ein besonders ernstes Zeichen der weiteren Verstärkung der jetzt schon äußerst zugespitzten Situation, die uns Kommunisten auf unserem Posten an der Spitze der Massen finden muß.

Hitler kommandiert Streikbruch

Auffahnerregende Entwicklungen über den Betrug an den Nazi-Arbeitern im Berliner Verkehrsstreik. SPD-Presse verteidigt Schreckensurteile des Sondergerichts

Berlin, den 18. November 1932
Der „Deutsche“ Die Tagesszeitung der gräßlichen Gewerkschaften veröffentlicht eine außenseiterregende Mitteilung des Politik- und geschäftlichen Zeitungsdienstes. Danach hat die Parteileitung der NSDAP den der Berliner RBB-Parteizitung befohlen, ihnen am Sonnabend, dem 5. November, im Berliner Verkehrsamt offen zum Streikbruch aufzurufen. Der RBB-Redakteur Engel wagt aber unter dem Befehl der Kapitalpartei nicht, diesen Befehl vollständig auszuführen. Er hat nun im Geheimen den Streikbruch organisiert, er hat sich von der RBB-Parteileitung vollständig paradiert, wagt aber seine offene Widerberufung zum Streikbruch. Deshalb hat sich die Parteileitung der NSDAP in München ein Maßnahmenkomitee gegen den Berliner RBB-Redakteur Engel eingesetzt.

Der Redakteur des Berliner RBB hat den Befehl Hitlers, sofort den offenen Streikbruch zu organisieren, nur deshalb nicht durchgeführt, weil er es bei der Stimmung der Naziarbeiter nicht wagte. Hinter dem Rücken der kreisenden Belegschaft haben auch die Berliner Naziführer

Menschen am dritten Standort in verschiedenen Nachbuden ihres gebrochenen Regelbundes in den Betrieb dirigiert und überall, wo es ihnen möglich war, die Naziarbeiter vom Streikbruch zurückgezogen. So haben die Naziführer zusammen mit den RBB-Führern den Dolchstich gegen die Streikenden geführt. Dadurch wurden die Massenmaßregelungen ermöglicht.

Die Dresdner Volkszeitung, die ebenfalls den hinterhältigen Streikbruch offen vertrieb, spricht jetzt heuchlerisch von den „angestellten Opfern“, und behauptet frech, die RBB trage darunter die Schuld. Die SPD-Presse wagt es auch noch von „Erfolgen des Gesamtverbandes“ zu feiern und so bestätigt den Streikbruch in seinen Überschriften der „RBB-Sabotage“.

Das ist die direkte Verteidigung der Schreckensurteile des Berliner Sondergerichts gegen die Streikenden durch die SPD!

Die Naziführer, wie die gesamte Arbeiterschaft müssen aus dem Streikbruchbefehl Hitlers und der Verteidigung der Sondergerichtsurteile und des Streikbruchprinzips der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer erkennen, daß sie mit dem „linken“ und rechten Zentrum des Kraftburgopfers brechen müssen. Jetzt ist es an uns, gegen das Kapital zu kämpfen, gehört in die Reihen der sozialen Einheitsfront, die unter Führung des kommunistischen Parteis steht.

Reis und Stahlhelm — einig im Streikbruch

Die Menschenrechte werden wegen Rohstoffhauses beschränkt. Nun verzweigt die Ritter mit Unterstützung der Polizei Stahlhelme zu bestimmen. Aber bereits am zweiten Tage gegen zwölf Uhr früh, die die Arbeit angenommen hatten, zur zentralen Streikleitung und erklärten sich sofortlich mit den Stahlhelmen.

Sie sollten dort — neben einer Stunde — nach drei Stun-

SPD für Maßregelung von 2500 Verkehrsarbeitern

Sozialdemokratische Auffahner in einer Front mit der Hugenberg-Direktion in der Berliner Verkehrs-Gesellschaft. Auch die Nazis als Agenten der Schartmacher entlarvt

Berlin, 18. November.
Ja der am Sonnabend stattgefundenen Wahlberechtigung stimmten die sozialdemokratischen Bürgerschaftsmitglieder gemeinsam mit den letzten RBB-Direktoren alle von den kommunistischen Vertretern gehaltenen Wahlen ab, in denen die sozialdemokratische Beteiligung der 2500 gewählten RBB-Arbeiter, die Verhinderung des Sozialhauses und die Begehung der Streiklage gefordert wurde.

Die sozialdemokratische Bürokratie wurde dadurch um so mehr als gebungenes Sättel der RBB-Direktion entlarvt, als sie diese Schartmachersche Direktion außerdem geradezu lobhüllt. So förderte die Dresdner Volkszeitung unter anderem noch am Sonnabend, also am selben Tage, an dem die sozialdemokratische Bürgerschaftsvertretung der RBB gegen die Wahlberechtigung der gewählten Arbeitern stimmten: „Die RBB-Direktion hat sich die jetzt bereit erklärt, zahlreiche die jetzt entlassene Arbeiterschaft wieder einzustellen.“

Ja, diese Lobhüllerei auf die RBB-Direktion wird zu deren direkter Entlastung genutzt und es geht weiter:

„Die Schule ist den ungünstigen Opfern, die bei diesem Kampfe zu belagern sind, hilft in einer Linie auf die Drahtseile der kommunistischen Partei.“

Denn gibt die sozialdemokratische Presse leicht zu, daß alle entgegen der im vorhergehenden Satz erhobenen Behauptung „Opfer zu belagern sind“?

Schreibt die Schule der sozialdemokratischen Bürokratie, die ja doch mit die Erteilung der 2500 Verkehrsarbeiter gestimmt hat, lang in alle Welt hinaus?

Brangert zugleich aber auch die Nazis an, die in der schon erwähnten Bürgerschaftsversammlung der RBB dem Berliner Bürgermeister Dr. Eßig, der die Hauptverantwortung für die ungeheuerlichen Maßnahmen gegen die RBB-Arbeiter trägt, ihr volles Vertrauen ausprobiert, indem sie den kommunistischen Bürgerschaftsvertretung abdrücken.

So zeigt sich von den Nazis bis zur SPD eine geschlossene Einheitsfront, die ja durch Mollenbekennnis dafür Rache nehmen will, daß die RBB-Arbeiter ihren Verbrüderungen nur die Stirn geboten haben. Für die gesamte Arbeiterklasse vermittelte dieser Rachebefehl die Leute, mit noch größerer Geschlossenheit zum Kampfe gegen ihre kapitalistischen Feinde und gegen deren sozialistische und nationalsozialistische Ritter und Paläien zu rütteln!

Alarm gegen Unterdrückungspolitik
(Fortsetzung von Seite 1)

Nicht nur daß die sozialistische Verschließung droht, die den Massen Wahlrechtstaub und darüber hinaus die 2. Kammer als unmissliches Instrument der Industrie Kapital, der Jungen und der Generale bringen soll, sondern auch der Plan der neuzeitlichen Auflösung des eben erst gewählten Reichstages kennzeichnet den Umgang der von der Bourgeoisie beschäftigten Schläge gegen die Massen.

Neben diese nächsten Pläne der Papen-Schleicher-Regierung

wie z. B. das Berliner Tageblatt vom Sonnabend zu berichten, daß die Regierung die Verhandlungen mit den Gewerken zur Bildung einer „nationalen Regierung“ d. h. der bei Verhandlung ihres Sozialhauses, sofort als gegenstandslos erklärte, wenn sich die Nazis weigern würden, mit Papen zu verhandeln. Dazu schreibt das „Berliner Tageblatt“ weiter:

„Der nächste Schritt wäre dann, so befürchtet man, die Bildung des Reichstages vor seinem Zusammentreffen, und danach wäre ein Regieren mit dem Reichstag als bei der Wahl des Reichstags bestätigt werden könnte, als sie bereits angekündigt sind.“

Betrachtet man die Androhung dieser brutalen weiteren Abschließung im Zusammenhang mit dem, was die Nazis machen durch die Kapitulationslehre schon aufgedrückt haben, so läßt sich die Größe der den arbeitenden Massen durch den Gehalt deutlich ermessen. Angriffe dieser Art führt zu der von der Bourgeoisie angekündigten „nationalen Konzentration“ und die von ihr beabsichtigte Steigerung der sozialistischen Unterdrückungspolitik ein schrilles Alarmignal.

Zeigt müssen die Arbeiter auf breiterster Grundlage die Ressentimente des Proletariats in der Antisozialistischen Einheitsfront konzentriert und — ermutigt durch das gewaltige Ressentiment für die RBB bei den Reichstags- und Kommunalwahlen — weiter vorwärts marschiert unter der Lohung:

Ein Kampf, ein Feind, eine Front!

Die Zute in Meißen soll stillgelegt werden

Dresden, 14. November.
Wie die bürgerliche Presse berichtet, wurde in der Gewerkschaftsversammlung der Gewerkschaftlichen Zute- und Blechsaalbau mitgeteilt, daß die Zulassung in Meißen in kürzester Zeit aufgelegt und die mehreren hundert Arbeiterinnen und Männer auf die Straße geworfen werden sollen.

SPD-Belegschaft im Konsumverein Döbeln streikt gegen Lohnabbau

Döbeln, 12. November.
In der gestern abend stattgefundenen Betriebsversammlung der Fäster, Fleischer und Schäfleute des kleinen Konsumvereins beschlossen die Arbeiter gegen einen Lohnabbau von 2,5 Prozent gekrönt zu belagern. Diese Lohnabnahme ist soviel wie die gesamte Arbeiterklasse vermittelte dieser Rachebefehl die Leute, mit noch größerer Geschlossenheit zum Kampfe gegen ihre kapitalistischen Feinde und gegen deren sozialistische und nationalsozialistische Ritter und Paläien zu rütteln!

Wahlmündigkeit in der Lausitz

Nur 66 Prozent Wahlbeteiligung in Bautzen

SPD 2344 (1188, 3125), 5 (2)
SPD 3404 (5408, 5008), 8 (1); RBB 5416 (227, 7804)
10 (4); RBB 2305 (—, 3073), 5 (4); Deutsche Staatszeitung
864 (1590, 374), 1 (8); Bürgerliche Zeitung 506 (—, —), 1 (1);
Reichspartei des Deutschen Mittelstandes 150 (—, 355), 6 (1);
Christl.-soz. Volksdienst 61 (—, 550), 1 (1); Zentrum 112 (—,
1238), 2 (1); RBB 1157 (—, 1282), 2 (4).

Von rund 27 000 Wahlberechtigten haben nur 18 000 ihr Stimmrecht ausübt. In diesem überaus starken Stimmengang liegt auch das jüngstes schwaches Ergebnis der SPD, die ihre Wähler nicht genugend zu mobilisieren vermag.

Rund 60 Prozent wählen in Bautzen

Eine noch höhere Wahlmündigkeit hat auch die Wertheimer Zittau erzielt, wo nur 60,9 Prozent der Wahlberechtigten die Urne gingen, wodurch auch die SPD einen jüngsten Stimmengang ihrer Stimmen buchen muß gegenüber großen Rückschlägen aller übrigen Parteien:

RBB 2791 (698, 3471), 5 (1)
SPD 3166 (5671, 4453), 6 (9); RBB 4712 (149, 207)
8 (2); Staatspartei 1282, 2; DBP 860, 1; RBB 869, 1; CSD
103; Volksdienst 737, 1; Freiheitliche Vereinigung 112, 1;
Arbeiter und Gewerbe 224, 0; Unpolitische Zeitung 70, 1

Das Wahlergebnis in Greifberg

SPD 1797 (845, 2143), 3 (2)
SPD 4790 (5804, 5774), 10 (11); RBB 5705 (2796, 2615
15 (5); Wirtschaftspartei 1077 (2840, —), 2 (8); RBB 154
(2507, 2684), 4 (5); DBP 850 (2150, 860), 2 (5); Haus- und
Wirtschaft 702 (1186, —), 1 (2).

Radeberg wählt

SPD 2139 (582, 2245), 4 (1)
SPD 3148 (4266, 3278), 7 (10); RBB 5777 (681, 3161
6 (1); RBB 172 (406, —), 0 (0); Nationales Bürgeramt 1 (1);
Arbeits- und Gewerbe 224, 0; Unpolitische Zeitung 70, 1

Die deutschen Kommunisten zum Tode der Frau des Gen. Stalin

An den Generosen Stalin, Generalsekreter der KPUS.
An alleinlich des plötzlichen Todes von Nadescha Sergejewna Alliljujeva-Stalin, der langjährigen Kampfgefährte und Kameradin des Generosen Stalin, senken die revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands ihre Fahnen im Zeichen ihrer brüderlichen Verbundenheit mit der KPUS und alles an der Front des sozialistischen Aufbaues mit schallenden Kommunisten der Sowjetunion.

Klara Zetkin, Lisa Ullrich, Lina Overbeck,
Maria Ressa, Ernst Thälmann, Wilhelm Flack,
John Schehr, Walter Ulbricht, Wilhelm Florin.

SPD 2303 (1811, 2007), 4 (1)
SPD 11 619 (13 146, 12 504), 16 (16); RBB 6422 (1575, 2257
8 (2); Bürgerliche 2128 8530 (11 897, 8154), 8 (16).